



Pressemitteilung

10.01.2020

Türkische Schulen nur unter bestimmten Voraussetzungen realisierbar

Berlin – Die Türkische Gemeinde in Deutschland (TGD) sieht die Gründung von türkischen Schulen in Deutschland nur unter bestimmten Voraussetzungen realisierbar.

Laut der Süddeutschen Zeitung will die Türkei drei Auslandsschulen in Deutschland gründen. Die türkische Regierung verhandle derzeit mit der Bundesregierung über ein Abkommen, das die Gründung dieser Schulen ermöglichen solle.

Der Vorsitzende der TGD, Gökay Sofuoğlu, erklärt:

„Erstmal gibt es nichts einzuwenden, wenn die Türkei in Kooperation mit Deutschland eine Schule gründen will. Es gibt ja auch deutsche Schulen in der Türkei. Voraussetzung dafür ist allerdings, dass die politische Einflussnahme seitens der Türkei eingedämmt wird. Wenn Schulen gegründet werden, muss eine Rechtsform gewählt werden, die mögliche politische Einflussnahmen unterbindet. Zivilgesellschaftliche Organisationen sollten bei diesem Vorhaben miteinbezogen werden.“

Als Standorte für die Schulen seien Berlin, Köln und Frankfurt am Main im Gespräch. In diesen Städten leben der große Teil der türkeistämmigen Bürgerinnen und Bürger.

Der Vorsitzende der TGD, Atila Karabörklü, erläutert:

„Generell ist es für eine Einwanderungsgesellschaft begrüßenswert, wenn bilinguale und transnationale Schulen gegründet werden. Wir hoffen, dass bei den Verhandlungen die Bildung der Kinder im Vordergrund steht und nicht politische Interessen. Wollen wir also den politischen Einfluss eindämmen, müssen wir auf beiden Seiten bilaterale und transparente Kontrollgremien schaffen. Der Umstand, dass die Türkei Schulen in Deutschland gründen will, zeigt allerdings auch, dass unser Schulsystem strukturelle Schwächen aufzeigt, wenn es um bilinguale Bildungsangebote für Deutsch-Türk*innen geht. Grundsätzlich müssen deshalb unsere Schulen der Realitäten einer Einwanderungsgesellschaft angepasst werden.“